

Bern, 17. Oktober 2019

Vernehmlassung: Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Schon heute kann man in einer Vielzahl von Kantonen die Steuererklärung digital auszufüllen und grösstenteils online einreichen. Gleichwohl müssen gewisse Dokumente ausgedruckt, unterschrieben und physisch eingesandt werden. Mit der vorliegenden Vorlage soll auf die obligatorische Unterzeichnung der elektronisch eingereichten Steuererklärung verzichtet werden. Die CVP fordert einen verantwortungsvollen Ausbau des E-Governments zugunsten von Privaten und Unternehmen. Die Anerkennung einer digitalen Signatur im Steuerbereich ist eine sinnvolle Vereinfachung des Alltags und ermöglicht ein medienbruchfreies Verfahren. Es ist wichtig, dass der Datenschutz sichergestellt wird, sowie nicht digitalaffinen Menschen mit den geplanten Änderungen keine Nachteile erwachsen.

Die CVP begrüsst, dass die Vorlage den Kantonen Freiraum für eine auf ihre Bedürfnisse und ihre bereits bestehenden elektronischen Angebote ausgerichtete Umsetzung im kantonalen Recht und in der kantonalen Vollzugspraxis lässt. Zudem kann jeder Kanton nach seinen eigenen Rahmenbedingungen und entsprechend seiner eigenen Kosten-Nutzen-Analyse entscheiden, ob, ab wann und für welche Dokumente er eine elektronische Übermittlung anbieten möchte.

Die Vorlage schafft ebenfalls die rechtlichen Voraussetzungen, dass der Bundesrat die elektronische Durchführung von Verfahren vorschreiben kann. Die CVP steht dem kritisch gegenüber. Die technischen Instrumente für die elektronische Abwicklung sollten so ausgestaltet werden, dass der Nutzen für die Steuerpflichtigen gross genug ist, um sie zu einem freiwilligen Beschreiten des digitalen Wegs zu motivieren. Sollte die Verpflichtung trotzdem eingeführt werden, verlangt die CVP, dass vor der Verpflichtung von Unternehmen und Privatpersonen die Konsequenzen genau analysiert werden. Der erläuternde Bericht lässt viele Fragen zu den Auswirkungen eines Zwangs zur elektronischen Einreichung unbeantwortet. Für die CVP ist es wichtig, dass eine staatliche Verpflichtung – sollte diese eingeführt werden – nicht zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führt und keine Bürgerinnen und Bürger ausgeschlossen werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz